

Sohrauer Stadtblatt.

Nützliches Publikations-Organ der Behörden von Sohrau D.-S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Ercheint

wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich am Ort 4.00 Mk.
Bei allen Postämtern 4.50 Mk.

Druck und Verlag:

P. Hunold's Stadtdruckerei, Sohrau D.S.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunold.

Anzeigen-Preis:

für die einblättrige Beilage oder deren Raum 75 Pf.
Inseraten-Annahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem
Ercheinen-sonstige.

Nr. 48.

Freitag Nr. 19.

Sonnabend, den 29. Oktober 1921.

Postfach-Posto
Breslau 18664

43. Jahrg.

Mundschau.

Dr. Wirth erneut Reichkanzler.

Berlin, 26. Oktober. Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichkanzler Dr. Wirth mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt und fernsteht den Zutritt des Reichstages für heute, Mittwoch, festgesetzt.

Berlin, 26. Oktober. Der Reichspräsident hat an Dr. Wirth ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt, daß trotz aller Bemühungen die Verhandlungen zur Verbreiterung der Regierungskoalition gescheitert sind, und Dr. Wirth bittet, in der Not des Vaterlandes seine Absage zurückzuziehen und die Bildung der Regierung zu übernehmen. Dr. Wirth erklärte sich nach einer neuen Rücksprache mit dem Reichspräsidenten bereit, die Bildung der neuen Regierung zu übernehmen. Die Verhandlungen hierüber, die beim Reichkanzler sich bis in die Nacht hinstreckten, trugen streng vertraulichen Charakter.

Das neue Kabinett.

Berlin, 26. Oktober. Das neue Kabinett setzt sich wie folgt zusammen:

Reichskanzler und Außenminister: Dr. Wirth, Finanzminister und Schatzminister: Bauer, Innerer: Dr. Adolph Köster, Wehrminister: Gessler, Wirtschaftminister: Robert Schmidt, Ernährungsminister und gleichzeitig vorläufiger Reichsfinanzminister: Dr. Hermes, Postminister: Giesberts, Arbeitsminister: Brauns, Verkehrsminister: Gröner, Justizminister: Dr. Radbruch.

Das Wiederaufbauminstertium bleibt vorläufig unbesetzt.

Das Außenministerium ist dem Gesandten beim Vatikan, v. Bergens, angeboten. Da eine Antwort v. Bergens noch nicht eingetroffen ist, wird der Reichkanzler Dr. Wirth dieses Amt mitverwalten. Dr. Rathenau hat abgelehnt, in das Ministerium einzutreten.

Es ist zu bemerken, daß die aufgezählten Reichsminister in erster Linie nicht als Parteimitglieder im neuen Kabinett fungieren, sondern nur als Persönlichkeiten, was übrigens etwas ganz neues darstellt.

Von den erwähnten Reichsministern gehörten bereits dem ersten Kabinett Wirth an: Dr. Wirth selbst als Kanzler und Finanzminister, Robert Schmidt für Wirtschaft, Hermes für Ernährung, Giesberts für Post, Gröner für Verkehr, Brauns für das Arbeitsministerium, Bauer als Vizekanzler und Schatzminister, Gessler als Reichswehrminister. Ausgeschlossen sind Dr. Rathenau (Demokrat) als Wiederaufbauminstertium, Schiffer (Demokrat) als Reichsjustizminister und Dr. Gröner (Sozialdemokrat) als Reichsminister des Innern.

Doch noch Vertretung der Regierung?

Berlin, 27. Oktober. Das neue Kabinett Wirth hat die bisher außerhalb der Koalition stehenden Parteiführer, einschließlich der Unabhängigen, zur Fortsetzung der Besprechungen für Freitag ersuchen lassen. Das neue Kabinett ist entschlossen, die Besprechungen über Vertretung der Regierungsrats bis 5. November fortzusetzen, bevor die neuen Steuervorlagen dem Reichstag zugehen.

Vertrauensvotum des Reichstags für die neue Regierung.

Berlin, 26. Oktober. Nach langen Verhandlungen und Besprechungen trat der Reichstag nachmittags 1/2 4 Uhr zusammen. Präsident Loebe und der Reichkanzler gaben Erklärungen ab, worauf die Fraktionsführer den Standpunkt ihrer Parteien darlegten. Nach fast achtstündiger Sitzung wurde gegen

11 Uhr die namentliche Abstimmung vorgenommen. Zunächst wurde über das Vertrauensvotum abgestimmt, das vom Zentrum und von den Mehrheitssozialdemokraten beantragt worden war. Der Antrag auf Billigung der Regierungserklärung wurde mit 230 gegen 132 Stimmen bei 9 Stimmenthalten angenommen. Für den Antrag stimmten das Zentrum, die Demokraten, die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen. Mit ungefähr der gleichen Stimmenzahl wurde der Antrag der Reichsparteien, eine Rechtsverwahrung einzulegen, abgelehnt.

Die Berliner Stadtverordnetenwahlen.

Berlin, 25. Oktober. Der Stadtwahl-Ausschuß stellte heute das endgültige Ergebnis der Wahlen zur Berliner Stadtverordneten-Versammlung fest. Demnach werden die drei sozialistischen Parteien 110 Mandate haben, die bürgerlichen Parteien 115 erhalten.

Zum Ableben des Erzherzogs von Bayern.

Papst Benedikt XV., der dem König von Bayern noch vor dem Ableben durch den Bischof von Steinfurth den päpstlichen Segen übermitteln ließ, hat jetzt dem Kronprinzen Rupprecht und den übrigen Hinterbliebenen des Königs telegraphisch in herzlichsten Worten sein Beileid ausdrücken lassen.

Das Wehr-Kreis-Kommando 7 in München ist ermächtigt worden, zum Begräbnis des verstorbenen Königs eine Ehrenkompanie zu stellen. Freiwillige Beteiligung von Angehörigen der Reichswehr ist gestattet. Wie weit eine Beteiligung vom Reich und sonstigen Behörden in Frage kommt, kann noch nicht gesagt werden, da, wie an zuständiger Stelle verlautet, Kosten dem Reiche nicht entstehen dürfen.

Wien, 25. Oktober. Es wird erst jetzt bekannt, daß Karl vor seiner Abreise aus der Schweiz ein Schreiben an den Bundesrat gerichtet hat, in dem er diesen bittet, sich seiner Kinder anzunehmen. Er glaube nicht, daß er im Falle einer Niederlage am Leben bleiben werde.

Kaiser Karl wird verbannt.

Budapest, 25. Oktober. Ueber die Zukunft des Erzherzogs Karl ist, wie von authentischer Stelle gemeldet wird, noch kein Beschluß gefaßt worden. Man hält es für das Wahrscheinlichste, daß er in Ungarn gefangen gehalten wird, bis ein Asyl gefunden worden ist, in dem er so sicher untergebracht werden kann, daß etwaige neue Staatsstreichversuche unmöglich sind. Wahrscheinlich dürfte seine Internierung auf irgend einer unter britischer Oberhoheit stehenden kleinen Insel erfolgen.

Da das Schloß Tots zu nahe an der tschechischen Grenze liegt, hat der Reichsoberweser das Königspaar nach dem Kloster Tichon am Plattensee überführen lassen. In Wien behauptet man, daß ein englischer Donnamonitor den Exilort übernehmen werde. In italienischen Kreisen wird berichtet, Italien sei bereit, der Familie Habsburg ein Asyl zu geben und die Ueberwachung zu übernehmen. Man nimmt an, daß Karl und Zita in Pianore, in der Villa Parma, dem Geburtsort Zitas, untergebracht werden.

Ansklieferung Karls an die Engländer.

Budapest, 27. Oktober. Nach der Ordnung in Ungarn wieder herzustellen und die Lage Ungarns in Europa zu bessern, hat die Regierung den Erzherzog aufgefördert, freiwillig abzutreten und die postwendende Auslieferung der pragmatischen Sanktion anzunehmen. Sie hat ihm vorgeschlagen, sich der englischen Volkswacht anzuschließen. Die Regierung hat weiter erklärt, daß sie die Personen, die an dem Staatsstreich

teilgenommen haben, zur Verantwortung ziehen werde.

Budapest, 27. Oktober. Wie der Berichtserstatter des „Deutschen Tageblattes“ erzählt, hat Karl die Bedingungen Horthys, die ihm gestern mitgeteilt wurden, angenommen.

Paris, 27. Oktober. Nach dem „Intransigant“ erklärte der griechische Ministerpräsident Gouras dem Ministerpräsidenten Briand, König Karl sei bereit, unmittelbar nach Anerkennung durch die Entente abzutreten.

Oberschlesien.

Der deutsche Reichstag und Oberschlesien.

Berlin, 26. Oktober. Der Reichstag begann seine Sitzung gegen 1/4 4 Uhr. Haus und Tribünen waren fast besetzt. Auf dem Reichstagsgebäude sind die schwarz-rot-gelben Flaggen halbhoch gehißt.

Reichstagspräsident Lobe eröffnete die Sitzung und sagte etwa Folgendes:

Der Reichstag muß Stellung nehmen zu dem schweren, vielleicht unüberwindlichen Schicksal, den unser Volk durch die Entscheidung des Obersten Rates über Oberschlesien empfangen hat. Ich habe oft hier meine mahnende und warnende Stimme gegen die Zerstückung Oberschlesiens erhoben, sie ist ungehört verhallt. Ich will der neuen Regierung und den Parteien nicht vorgehen. Ein Wort liegt mir über am Herzen an die Landsleute, die gezogen sind, von uns zu gehen. 220.000 Erwachsene im abzutretenden Gebiet haben sich am 20. März für das Verbleiben beim Deutschen Reiche entschieden. Mit diesem Schicksal sehen wir sie von uns Abschied nehmen. Männer, die ein Leben lang mit uns gearbeitet haben, Frauen, deren bestigste Erinnerungen mit der deutschen Erde verknüpft sind, Kinder, denen vielleicht zum ersten Male der Begriff des Vaterlandes klar wird. Wir wollen ihnen noch einmal die Hand auf die Schultern legen und ihnen ein Gelübnis sagen: Treue um Treue. Eines ist gewiß: Keine Macht der Erde kann durch ein Mittel der Gewalt Unrecht in Recht verwandeln. Wie trübe auch die Zukunft vor uns liegt, die deutsche Volksoberleitung gibt Euch das Gelübnis der Treue, und dieses Gelübnis wird bestehen. (Lebhafte Beifall.)

Hierauf ergriff der Reichskanzler Dr. Wirth, nachdem er die Mitglieder des Kabinetts genannt hatte, das Wort:

Ich habe Mitarbeiter gefunden, die mit mir eines Glaubens sind, daß es nicht angängig ist, das Schicksal des Vaterlandes durch eine lange Krise oder durch eine Handlung der Unfähigkeit der Regierung aufs Spiel zu setzen. Die nächste und dringendste Aufgabe ist zugleich die schmerzlichste und härteste, die Entscheidung über Oberschlesien und die Durchführung der damit verbundenen Entschlüsse. Die neue Regierung erklärt, daß sie in der Beurteilung über Oberschlesien in nichts von dem Standpunkt der vorigen Regierung abweicht. Durch den Spruch der Völkerkonferenz wird Deutschland harte Gewalt angetan. Es sollte eine Grenze gezogen werden, durch die dem Abstimmungsresultat und der geographischen und wirtschaftlichen Lage der Ostschlesien Rechnung getragen werden sollte. Diese Entscheidung konnten nur die Hauptmächte selbst treffen. Sie haben sich dieser Pflicht dadurch entledigt, daß sie den Rat des Völkerbundes um ein Gutachten ersuchten und dieses Gutachten für sich als bindend ansahen. Nach unserer Auffassung, die mit dem allgemeinen Rechtsempfinden identisch ist, verbißt die Uebertragung an eine andere Instanz gegen den klaren Wortlaut des Vortages. Auch in

der Sache selbst steht die getroffene Entscheidung mit dem Vertrage von Versailles in schroffem Widerspruch, was sie selbst anerkennt, indem sie feststellt, daß die gewählte Linie wichtige wirtschaftliche Interessengebiete zerschneidet. Eine solche Grenze dürfte nicht gezogen werden. Es ist den beteiligten Staaten ferner ein Uebergangsregime aufzuzwingen worden. Das Uebereinkommen zwischen Deutschland und Polen dürfte aber nicht billigt werden. Diesen Standpunkt wird die neue Regierung den allierten Mächten unverhüllt zum Ausdruck bringen. Die neue Regierung war dann ferner genötigt, eine praktisch unmögliche Politik für die Zukunft ins Auge zu fassen. Vor eine solche Entscheidung gestellt, war es ihre Pflicht, derjenigen zu gedenken, die von uns abgetrennt werden sollen, und die drohende Verletzung blühender Gebiete soweit als möglich abzumildern. Darum wird sie einen Besonderen Nachdruck auf die Verhandlungen erweisen und diesen unverzüglich den allierten Mächten mitteilen. Ihren Standpunkt und diese Rechtsauffassung wird die neue Regierung den allierten Hauptmächten in einer ihr geeignet erscheinenden Weise unverhüllt zum Ausdruck bringen. Sie wird keinen Zweifel darüber lassen, daß sie die Entscheidung der Völkerversammlung als gegen Vertrag und Recht verstoßend erachtet und daß sie Deutschlands Rechte auf das uns entzogene Land als in keiner Weise beeinträchtigt erachten kann durch den Zustand, der hier durch Gewalt geschaffen werden soll. Es wäre ein schwerer Fehler, der deutschen Bevölkerung und dem Lande zu verheimlichen, daß die Deutschland nach den vorangegangenen Bestimmungen seines Territoriums und nach den Bestimmungen der Nachkriegszeit verbleibende Wirtschaftskraft durch die Entscheidung über Oberschlesien so vermindert wird, daß alle Berechnungen, die auf ihrer Grundlage hinsichtlich der Erfüllung der deutschen Reparationszahlungen aufgestellt waren, aufs neue in starken Zweifel gezogen werden müssen. Die ober-schlesische Entscheidung hat diese Voraussetzungen auf das uns entzogene Land als in keiner Weise aufs schwerste erschüttert. Der Kanzler gab dann eine zahlenmäßige Uebersicht über unseren Verlust, um schließlich die Stellung der deutschen Regierung folgendermaßen zusammenzufassen:

Die deutsche Regierung erblickt in dem neuen Wirtschaftskontext der Entente nicht allein eine Ungerechtigkeit gegen das deutsche Volk, der es wehrlos gegenüber steht, sondern auch eine Verletzung des Versailles Vertrages, dem die von den Hauptmächten angenommene Entscheidung widerspricht. Die deutsche Regierung legt gegen den hierdurch geschaffenen Zustand als gegen eine Rechtsverletzung die festerliche Verwahrung ein, die das Völkerrecht als Schutzhülle der Vergewaltigten kennt. Lediglich durch die in der Note ausgesprochene Drohung, und um die der deutschen Bevölkerung des ober-schlesischen Industriegebietes sonst bevorstehende Verletzung soweit wie möglich zu vermeiden, sieht sich die deutsche Regierung gezwungen, dem Diktat der Mächte entsprechend die darin vorgesehene Delegation, ohne damit ihre Rechtsauffassung zu ändern, zu ernennen. (Geßharter Beifall.)

Die deutsche Rechtsverwahrung.
Berlin, 27. Oktober. Der deutsche Botschafter in Paris hat der Botschafterkonferenz folgende Note übermittelt:

Die deutsche Regierung hat mit tiefer Enttäuschung von der Note des Obersten Rates vom 20. Oktober Kenntnis genommen. Sie erblickt in dem territorialen und wirtschaftlichen Diktat, welches durch sie dem Deutschen Reich auferlegt wird, nicht allein eine Ungerechtigkeit gegen das deutsche Volk, der es wehrlos gegenübersteht, sondern auch eine Verletzung des Versailles Vertrages, dem die in Genf getroffene und von den allierten Hauptmächten gutgeheißene Entscheidung widerspricht. Die deutsche Regierung legt daher gegen den hierdurch geschaffenen Zustand als gegen eine Rechtsverletzung ausdrücklich Verwahrung ein. Lediglich unter dem Druck der in der Note ausgesprochenen Drohungen und um der deutschen Bevölkerung des Industriegebietes die ihr sonst bevorstehende Verletzung soweit wie möglich zu ersparen, sieht sich die deutsche Regierung gezwungen, dem Diktat der Mächte entsprechend die darin vorgesehene Delegation zu ernennen. Die Namen der deutschen Delegierten werden unverzüglich mitgeteilt werden.

Freundschaftliches Verhältnis zwischen Polen und Deutschland.

Berlin, 27. Oktober. Die polnische Regierung hat gestern amtlich der deutschen Regierung die Namenslisten der von ihr ernannten

Vertreter für die ober-schlesischen Wirtschafts-verhandlungen überreichen lassen. Der polnische Gesandte hat dabei den Wunsch seiner Regierung ausgesprochen, daß die Verhandlungen ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Polen und Deutschland anbahnen möchten.

Korfanty über Oberschlesien.

Warschau, 26. Oktober. Die für heute angekündigte Parlamentsitzung, in der die Regierungsansprüche zur ober-schlesischen Frage erörtert wurde, mußte verschoben werden, da in der Kommission für Auswärtiges noch keine Einigung erzielt werden konnte. In der Kommission sprach Korfanty als Sachverständiger und betonte, daß ohne jeden Aufruf Polens nur Rybnik und Bisk sowie kleinere Streifen anderer Art erhalten hätte.

Zu den Wirtschaftsklauseln führte Korfanty aus, daß eine plötzliche Veränderung im ober-schlesischen Wirtschaftssystem verderblich wäre, daß aber die Uebergangszeit von fünfzehn Jahren zu lang sei. Die schwerste Bedingung für Polen sei die Beibehaltung der deutschen Valuta für fünfzehn Jahre. Wenn die Deutschen in den Verhandlungen diesen Termin nicht verringern wollten, so könnten sie sich dazu durch das Steigen der Polenmark gezwungen sehen. Weiterhin forderte Korfanty, in den Verhandlungen darauf zu dringen, daß die Rechte der polnischen Arbeiter auch über den Uebergangszeitraum hinaus gesichert würden.

Die polnischen Forderungen.

Wien, 27. Oktober. Laut dem „Wiener Tageblatt“ meldet die Morningpost aus Warschau: Die Hauptforderungen der Polen in den Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland sind nach dem Beschluß des polnischen Ministerrats folgende:

1. Die Eisenbahndirektion bleibt in Katowitz mit Zuständigkeit auch auf das ganze nicht-polnische Oberschlesien.
2. Die notwendig werden neuen Bahnanlagen im polnischen Teil werden vorläufig als Teile des deutschen Eisenbahnnetzes angesehen.
3. Die polnische Mark wird zu einem einheitlichen festen Kurs in Oberschlesien, gleichberechtigt mit der deutschen Mark, in Zahlung genommen.

Die Delegierten für Oberschlesien.

Berlin, 27. Oktober. Zu Bevollmächtigten der deutschen Regierung für die Wirtschaftsverhandlungen über Oberschlesien wird Reichswirtschaftsminister a. D. Schiffer und sein Stellvertreter Staatssekretär Bewald ernannt, der damit aus seiner bisherigen Stellung im Reichsministerium des Innern aussteigt.

Die Namen der Delegierten sind der Entente übermittelt worden. Sie werden sich mit einem Stabe von wirtschaftlichen Sachverständigen umgeben, zu denen u. a. auch Pfarrer Ullrich, der bekannte ober-schlesische Zentrumsgesandte gehören wird.

Die Verlässe Deutschlands.

Berlin, 24. Oktober. Nach Angaben des statistischen Reichsamtes beträgt die Bevölkerung des gesamten Abstammungsgebietes rund 1 950 000 Einwohner, von denen rund 965 000, also rund 49 %, polnisch werden. Bei der Volksabstimmung haben 707 593 Personen für Deutschland, 479 865 Personen für Polen gestimmt. Von der gesamten Bodenfläche des Abstammungsgebietes (1 093 000 Hektar) werden 327 000 Hektar polnisch, also rund 30 v. H. von 61 Steinlohlengruben bleiben nur 11 1/2 bei Deutschland. Von 4 staatlichen Kohlen-gruben werden drei polnisch. Von der Gesamt-lohlenförderung in Oberschlesien (31 750 000 Tonnen) verbleiben bei Deutschland 7 140 000. Deutschland bezog bisher aus Oberschlesien monatlich 1 100 000 Tonnen Steinkohlen. Es bleiben in Zukunft nur 370 000 Tonnen, jedoch monatlich 730 000 Tonnen aus dem abgetretenen Gebiet oder aus anderen Ländern eingeführt werden müssen. Die ober-schlesische Kohlenindustrie bleibt nur zur Hälfte deutsch. Von 4 ober-schlesischen Zementfabriken werden 3 polnisch. Sämtliche Eisenerzgruben fallen an Polen. Von insgesamt 87 Höfen bleiben nur 15 deutsch. Von der Jahresproduktion an Roheisen in Höhe von 576 000 Tonnen verliert Deutschland rund 400 000 Tonnen Roheisen. Von 18 Stahl- und Walzwerken werden 9 polnisch, von 26 Eisen- und Stahlgießereien bleiben 10 deutsch. Von 16 Zink- und Bleierzgruben bleiben 4 deutsch. Damit verliert Deutschland 75 v. H. der gesamten Zink- und Bleierzförderung. Sämtliche Zink- und Bleierze gehen an Polen über, ebenso die zwei vorhandenen Blei- und Silberstätten.

Benesch, der Herrscher Oberschlesiens.

Zu „Welt Warften“ bringt Philipp Millet

einige Erinnerungen aus Genf. Millet schildert die Weisheit, die vom Rat des Völkerbundes bei dem Einbruch der ober-schlesischen Frage angewandt wurde. Bei den Beratungen in Genf, die sonst vollkommen glatt verliefen, gab es eine Frage, über die sich die Herren Schiedsrichter lange nicht einigen konnten: ob das Industriegebiet geteilt werden dürfe, ohne es zu schädigen. Diese Frage war, wie nicht erst gesagt zu werden braucht, die wichtigste des ganzen Problems. Auf ihre Entscheidung kam alles an. Herr Millet erzählt aber auch, daß ungefähr eine Woche lang man über die Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Teilung gesprochen wurde, ohne daß man weiter kam. Einige Mitglieder des Rates schwankten. Dann heißt es weiter: „Das war gerade die Stunde, in der Herr Benesch, Außenminister der Tschechoslowakei, sich in Genf befand. Man benutzte die Gelegenheit, um ihn zu fragen, ob die Teilung der Gegend von Teschen für die wirtschaftliche Aktivität des Landes vorteilhaft gewesen sei. Die Antwort, die Herr Benesch gab und die später ein tschechoslowakischer Journalist, Herr Hobac, vervollständigte, scheint die letzten Zweifel beseitigt zu haben.“

Die Angaben Milletts werden im übrigen noch durch ein weiteres indirektes Zeugnis ergänzt. In den Erklärungen, die Herr Balfour den Mitgliedern der Presse gab, wird als ein Beweis dafür, daß die Teilung des Industriegebietes möglich sei, „obwohl bei dem Gedanken daran jeder Engländer Grauen empfindet“, gerade die Teilung Teschens angeführt. Hieraus ist zu erkennen, daß auf Herrn Balfour die Argumente des Herrn Benesch einen starken Eindruck ausgeübt haben, der dieselbe für seinen endgültigen Entschluß den Ausschlag gab.“

Die Erklärung findet ihre Erklärung darin, daß die tschechoslowakische Republik über eine seltene, geschmeidige und weisliche Diplomatie verfügt, die über entsprechende Beweismittel verfügt, und die hervorragende Bedeutung der Propaganda erkannt hat. Seit langer Zeit bereits konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der tschechoslowakischen Politiker in aller Verborgenheit um das reiche Kohlengebiet, das Gegenstand des heftigsten Streites zwischen Deutschland und Polen war. Das alte Sprichwort, das da besagt: „Wenn zwei sich streiten, freut sich der dritte“, hat sich im Falle Oberschlesiens wiederum bewährt. Es bereitete uns Vergnügen, zu beobachten, daß Dr. Benesch, der sich großen moralischen Vertrauen bei den Politikern, Journalisten und Bankiers Warschens erfreut, seinen Einsatz zugunsten Polens geltend machte.“

Als Neujahr!

Paris, 27. Oktober. Der „Temps“ meldet, daß der Botschafter Sonnabend nachmittag zusammentritt, um die Antwort der deutschen und polnischen Regierung auf die Entscheidung über Oberschlesien entgegenzunehmen. Der „Temps“ meldet weiter, daß der Botschafter zur Durchführung aller in der ober-schlesischen Entscheidung vorgesehenen Bestimmungen das Datum des 31. Dezember gewählt hat, unter Aufrechterhaltung der internationalen Befassung bis zu diesem Zeitpunkt.

Polen nimmt die Entscheidung an.

Paris, 25. Oktober. Einer Havas-Meldung aus Washington zufolge hat die polnische Regierung beschlossen, die Genfer Entscheidung anzunehmen. Der gegenwärtige polnische Oberkommissar von Danzig Plocinski würde Polen in der Kommission vertreten, die wirtschaftliche Abmachungen mit Deutschland treffen soll.

Kolales u. Provinzielles.

Sobran D.-S., den 28. Oktober 1921.

§ (Beschlussfähig.) Die für gestern nachmittag anberaumt gewesene Stadtverordnetenversammlung konnte in eine Sitzung nicht eintreten, da die für die Beschlussfähigkeit notwendige Anzahl von 13 Stadtverordneten nicht erschienen war; nur 11 Herren hatten sich eingefunden. Der Stadtverordnetenvorsteher wird die nächste Sitzung, die nunmehr ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Stadtverordneten beschlussfähig ist, mit derselben Tagesordnung voranschreiten für nächsten Donnerstag, den 3. November ansetzen.

§ (Das illustrierte Unterhaltungsblatt), das bis Ende April d. J. dem „Sohramer Stadtblatt“ 14 tiglich beigegeben wurde, liegt der heutigen Nr. wieder bei und wird wieder regelmäßig alle 14 Tage als Gratisbeilage erscheinen. Wir hoffen damit den Belegern unseres Blattes besonders entgegenzukommen, zumal der Bezug der illustrierten Beilage für uns mit erheblichen Kosten verknüpft ist, und hoffen auf wohlwollende Unterstützung seitens unserer Leser.

§ (Steuern zahlen!) Der Magistrat macht im Angelegenheit der vorliegenden Nr. darauf aufmerksam, daß die Steuern für die 3 ersten Vierteljahre (April—Dezember 1921) alsbald, spätestens bis 15. November cc., unter Vorlage des Steuerzettels in der Räumerkasse zu entrichten sind. Eine schriftliche Mahnung an die Steuerpflichtigen ergeht nicht.

§ (Besetz.) Herr Ober-Steuerschatzmeister Spielvogel beim Finanzamt in Rybnik, f. B. Sparkassenkontrollleur in Sobran, hat seine Besetzung nach Vorbehalt erhalten.

§ (Erhöhung der Entrichtung für elektrischen Strom.) Der Magistrat und die Deputationsdeputation haben beschloffen, in Anbetracht der immer mehr steigenden Betriebskosten den Preis für 1 km Weifer auf 1,50 M., für 1 Kilometer elektr. Lichtstrom auf 3,50 M., Kraftstrom auf 3,00 M., rick- und vom 1. Oktober cc. ab zu erhöhen. Auch die Postgebühren haben vom 1. Oktober ab 25 % mehr zu zahlen.

§ (Fahrpländerung auf Station Sobran.) Der Verlonzung 1146 nach Gleiwitz—Sobran am 12.15 mittags. — Der Verlonzung 1149, ab Sobran 3 Uhr nachmittags, fährt bis Koslaw (bisher nur bis Bad Jaskremb). Der Gegenzug 1154, Sobran am 8.48 abends, kommt von Koslaw, dort: 10.17 nachmittags.

§ (Feuer auf Blücherschächte.) Ein großes Schadenfeuer brach Mittwoch abend in Blücherschächte Kreis Rybnik aus. Die Separation und das Edgewerk wurden ein Raub der Flammen. Die gesamten Feuerwehren der angrenzenden Ortschaften waren zur Stelle. Der Schaden ist bedeutend. Personen wurden nicht verletzt. Der Betrieb wird wohl für einige Tage ruhen.

§ (Wissenswert.) Kaufmann Elias hat sein Wohn- und Geschäftshaus in der Friedrichstraße (ohne Inventar) an den Fahr- raddändler Karl Urbanek von hier für 63000 M. verkauft. Die Uebnahme erfolgt am 1. April n. Js.

§ (Rindvieh- und Pferdemarkt.) Bei dem am vergangenen Mittwoch hierorts abgehaltenen Viehmarkt war der Anstich von Rindern ziemlich zahlreich. Etwa 100 Stück Kühe- und Schafvieh waren vorhanden, die zu wohlfeilen Preisen schnellen Absatz fanden. — Dagegen war am Pferdemarkt nur wenig und größtenteils minderwertiges Material ange- treten, was wohl darin seinen Grund hatte, daß am selben Tage in Gleiwitz Pferdemarkt stattfand. Der Geschäftserfolg war infolge- dessen hier ein sehr fauler, zumal auch die Preise erheblich hoch waren.

§ (Erbengemeinschaften und Erblingsgemeinschaften.) Immer wieder geraten Auswanderungswillige in Verwicklungen aller Art Kolonialisations- und Erblingsunter- nehmungen, die mit Verprechungen und überschätzlichen Prospekten reichhaltige eintausen. In der letzten Ausgabe des Nachrichtenblattes des Reichsanwanderungsamtes wird wieder von dem Betitelte zu drei solcher Gesellschaften ab- geraten. Von der einen heißt es: „Die Genossenschaft ermanget sowohl der sachkundigen Leitung, als des notwendigen Kapitals. Die von ihr verfaßten Prospekte sind geizig, falsche Hoffnungen zu erwecken. Wanderungswillige, die ihr Geld an das Unternehmen wenden, müssen daher mit dessen Verlust rechnen.“ Ein jeder, dem solche Anerbitten und Prospekte zugesandt werden, sollte sich erst bei der Zweigstelle des Reichsanwanderungsamtes in Breslau, Kaiser-Wilhelm-Platz 20 erkundigen über das fragliche Unternehmen einholen.

§ (Staatshilfe für ober-schlesische Flüchtlinge.) Das preussische Staatskabinett hat umfangreiche Mittel für die Flüchtlingshilfe der aus den abgetretenen Gebieten ein- tretenden deutschen Familien bereitgestellt. Am Sonntag zählte man bereits 12600 Flüchtlinge, die aus den Abstammungsgebieten in nicht besetzten Schichten angetroffen waren.

§ (Unterbrechung staatlicher Beamten aus den abgetretenen Gebieten.) Es liegt in der Absicht der Staatsregierung, daß in Ober-schlesien gebürtige Beamte und Lehrer nach Abtretung deutschen Gebiets möglichst in den deutsch verbleibenden Bundesstaaten Ober-schlesiens untergebracht werden, während Nichtober-schlesier in anderen Bezirken des Reichs Dienststellen erhalten sollen. Bis auf weiteres haben, wie es die Z. R. fordert, die staatlichen Beamten, Polizeibeamten und Volksschullehrer auch in den abgetretenen Gebieten aus ihren Dienststellen zu verbleiben, um einer Massenflucht vorzubeugen.

§ (Wann treten Staatsbeamte in den Ruhestand?) Wie bekannt geworden, war von Seiten der Staatsregierung beabsichtigt,

Reichs-, Staatsbeamte und Lehrer nach vollendetem 65. Lebensjahre in den Ruhestand zu versetzen. Eine Ausnahme sollte bei den höheren Justizbeamten gemacht werden, welche erst nach vollendetem 68. Lebensjahre pensioniert werden sollten. — Diese Absicht der Staatsregierung kommt nicht zur Wirklichkeit. Beamte wie Volksschullehrer können nach wie vor, vorausgesetzt, daß sie ihren dienstlichen Obliegenheiten genügen, auch nach dem 65. Lebensjahre im Amte bleiben. — Die Jahrs-Ruheabsetzung mit dem 65. Lebensjahre würde in zahlreichen Fällen eine Härte für die betroffenen Beamten bedeuten.

§ (Fürsichtspr. Delegation.) Laut Mitteilung im Diözesanverordnungsblatt ist für das an den polnischen Staat übergehende Gebiet vom Kardinal-Fürsichtspr. zur Wahrung angeführten Fortganges der kirchlichen und seelsorglichen Leitung ein eigenes Fürsichtspr. Delegationamt eingerichtet. Dem Delegationen ist Erzbischof Kopytski in Litzau ernannt. Damit ist für jenes Gebiet die gleiche Fürsorge getroffen, die nach den politischen Veränderungen im ehem. österr. Reichsteile notwendig wurde.

§ (Keine Ueberführung.) Mit Rücksicht auf die vor kurzem erfolgte Veröffentlichung der Entscheidung über die deutsch-polnische Grenze in Ober-schlesien beruht sich eine Anzahl von Bewohnern des Abstammungsgebietes darauf vor, so schnell wie möglich ihre Wohnorte zu verlassen, um sich in anderen Gebieten niederzulassen. Im Verlauf einer Sitzung, die in der Gegenwart des Obersten Williams, des Bevollmächtigten der Interalliierten Kommission, von dem zur Entscheidung der Rechte der Flüchtlinge eingesetzten deutsch-polnischen Ausschuss veran- staltet worden ist, wurde als Resultat aller Verhandlungen festgestellt, daß eine solche überflüssige Abreise für die Abwandernden selbst nur von Nachteil wie auch für das allgemeine Interesse schließlich sein kann.

§ (Die Teilung nur der Tod.) In der Vorkommission zur Entscheidung der polnischen Grenzfrage wurde nicht gefällig von Wänerern, die Land und Leute, Jobsprüche und Wirtschaft oder das kulturelle Leben Ober-schlesiens kennen. Leute, die noch bis vor Wochen kaum eine Ahnung davon hatten, daß es beispielsweise in Ober-schlesien eine Stadt Rößigschichte gibt, noch viel weniger wissen konnten von dem Leben und Werden dieser Stadt, sahen als Schiedsrichter am großen Tisch und zerschüttelten Gebiete, die von einem Pulsschlag leben, die so eng verbunden, daß eine Teilung nur den Tod herbeiführen kann.

§ (49 Prozent der Ober-schlesier werden Polen.) Nach den Angaben des statistischen Reichsamtes beträgt die Bevölkerung des gesamten Abstammungsgebietes rund 1.950.000 Einwohner. Davon werden polnisch rund 965.000 Einwohner, das sind rund 49 Prozent.

§ (Polizei und Gendarmen.) Bei der Interalliierten Abstammungskommission in Oppeln fand laut Mitteilung am Sonntag auf Ver- fehl des Generals de Roub und unter dessen Vorsitz eine Versammlung sämtlicher interalliierten Kreis-Kontrollleure statt. Die Polizei und Gendarmen wird nach der Besetzung durch die regulären polnischen Truppen nach polnischem Muster umgeändert und auf die polnische Regierung verpflichtet werden. Der ehemalige polnische Polizeipräsident ist bereits in Kattowitz eingetroffen. Ihm ist der französische Kapitän Hoff- feld zugewiesen worden.

§ (Schauermärchen über Ober-schlesien.) Von ausländischen Nachrichten-Agenturen wird in Paris und London die Meldung verbreitet, daß nach Berichten aus Deutshen deutsche militärische Organisationen die systematische Zerstück- lung des Industriegebietes in Ober-schlesien, der Eisenbahnen und der sonstigen Aus- bauhenden der Eisenbahn begonnen haben. Daß kein wahres Wort daraus ist, davon kann sich jedermann mit eigenen Augen überzeugen.

§ (Schwere Bedrohung der deutschen Mark.) Zur Frage der Markwahrung im polnischen Ober-schlesien schreibt das „V. Z.“: Der deutsche Valuta, die in den letzten Wochen neuerdings rapide gesunken ist, droht eine neue Gefahr. Nach der Entscheidung über Ober-schlesien soll in den abgetretenen Teilen die deutsche Markwahrung beibehalten werden. Es ist schon jetzt mit größter Bestimmtheit vorauszusagen, daß dies eine weitere katastrophale Depression auf den Stand der deutschen Mark anbahnen wird. Novatalk werden etwa 700 Millionen deutsche Reichsmark im Industriegebiet unter die ober-schlesische Bevölkerung ausgeschüttet. Nach dem Brauch des Gek, demzufolge die schlechte Währung Reis die bessere verdrängt, würden diese 700 Millionen sofort auf Nimmerwiedersehen in Polen verschwinden. Durch Ober-schlesien

als Vord in Osten würden also ständig unge- heure Markbeträge ins Ausland fließen. Diese Erscheinung wird für die deutsche Mark um so verheerender wirken, als zweifellos in Polen zum Ankauf von ausländischen Devisen immer nur deutsche Mark verwendet werden wird. Der Bedarf Polens an ausländischen Devisen wird aber nach einer Angleichung des ober-schlesischen Industriebezirks — man denke nur an den großen Bedarf Ober-schlesiens an ausländischen Eisenzeugen — noch weiter wachsen.

§ (Polnische Vorbereitungen in Kattowitz.) Kattowitz ist in diesen Tagen stärker durch kongrepolnische Beamte besetzt. Wie man hört, haben diese dort Wäner in dem Hotel „Deutsches Haus“ und in dem Hotel „Russischer Hof“ eingerichtet, um Vorbereitungen für die Uebernahme der Bahn, Post, Zoll usw. zu treffen. Ein bekannter Polenführer erklärte, daß alles zur Uebernahme bereit sei, man warte nur noch auf das Ergebnis der Oppelner Verhandlungen zwischen der deutschen und polnischen Seite.

§ (Schlesische Volkspartei.) Unter dem gewaltigen Druck der Senes Entscheidung wird es wahrscheinlich in den nächsten Tagen, die an Polen abzutretenen sind, zu einer großen deutschen Einheitsfront sämtlicher deutscher Parteien von den Demokratischen bis zu den Sozialdemokraten kommen. Wie mitgeteilt wird, soll diese Partei den Namen Schlesische Volkspartei erhalten.

§ (Prägung von Markstücken.) In Warschau sind im Hauptamt für Vorbereitungen zur Prägung von Markstücken im Gange. Es sollen aber auch zwei- und dreimarkstücke geprägt werden. Welche Metall verwendet wird und wie das Stückgestalt gestaltet werden soll, ist noch nicht bestimmt.

§ (Wieviel Menschen gibt es?) Die Schätzung der Menschen auf der Erde ist neuerdings auf rund 1700 Millionen herabgesetzt worden. Davon kommen auf Asien 891 Millionen, auf Europa 455, Nordamerika 145, Afrika 140, Südamerika 61, Australien 8 Millionen.

§ (Der Wetterwahn.) Das tiefe Minimum, dessen Vorbeigang den Witterungs- umschlag hervorgerufen hat, war durch drahtlose Schiffsmeldungen schon vor acht Tagen aus dem Raum von Newfoundland signalisiert worden; es hatte Sonnabend früh den Atlantik über- quert und wanderte selber über die britischen Inseln, das Nord- und Ostseegebiet nach dem Baltikum und Westrußland weiter, während ihm vom Ocean ein bis in die Polarzone reichendes Maximum folgt, mit dem es in Wechselwirkung durch die großen Druckunterschiede den heftigen Sturm hervorgerufen hat, der sich über ganz Norddeutschland, das Nord- und Ostseegebiet und Skandinavien erstreckt.

§ (35 Pfund Papiergeld gehamstert.) Wir lesen in der „Litauische Volkzeitung“: Eigen da neulich zwei Bauern in angelegelter Stimmung in einem Geschäft des Kreises Gold- berg-Dohnau und Schampier über die schlechten Zeiten und die Städte, die über die hohen Kartoffelpreise zittern, bis sie zu dem jetzt auf dem Lande beliebtesten Thema gelangten, wie die meisten Papiergeldstücke gehamstert hätte. Da erhäuptete der eine Besitzer, daß er etwa 35 Pfund Papiergeld im Hause vorräthig habe. Das dranzweifelte sein Partner, und die Folge war, daß sich der Besitzer der 35 Pfund Papier- geld gegen eine Witte von zwei Färschen Eist bereit erklärte, den Beweis anzutreten. Das Angebot wurde angenommen, und beide schwanken in Begleitung von Zeugen nach der Wohnung des Besitzers. Das Nachfragen der Ehefrau ergab, daß die gehamsterten Noten tatsächlich das Gewicht von 35 Pfund abwiegen. Von diesem gehamsterten Vermögen auf dem Lande erhält der Staat keine Steuern.

§ (Die einzige Sorge.) Das thätigste Staatsministerium bereitet ein Notgesetz vor, nach dem der 9. November in Thüringen als gesetzlicher Feiertag etabliert werden soll. Da- für soll der Freitag wegfallen und das Reformationsfest in den Schulen nicht mehr begangen werden. — Man sieht doch wenigstens, daß das thätigste Staatsministerium auf dem Posten ist und weiß, welche Sorgen das deutsche Volk im Augenblick drückt.

§ (Kreuzdorf, 26. Oktober.) Die Geminat- liche Kassabehaltung hier selbst hat Franz Eltka aus Bohlen für 165.000 M. gekauft.

Rybnik, 27. Oktober. Rybnik soll starke Garnison werden. Von den drei Divisionen, die der polnische verbundene Teil Ober-schlesiens bekommt, erhält Rybnik mindestens 2 Bataillone. Diese sollen vorläufig in der Irenanfront untergebracht werden. Die Geminatiererschaft sieht dem Einzug regulären Militärs mit besonderem Interesse entgegen, denn von ihm erhofft sie erst Ruhe und ein Ende der Schiebererei und Be- unruhigungen, wie sie jetzt an der Tages- ordnung sind.

Robbit, 28. Oktober. (Wie die Hauswertigen.) Ein Eckgrundstück am Ring, für das der Pfleger 26000 Mark f. B. gegeben hat, ist für 450000 Mark verkauft worden.

Rifolai, 28. Oktober. Eine außerordentliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung tagte zur Besetzung der Kohlenverteilung an der Grenz des südlichen Landes an der Kaluga-Röhre. Der Antrag des Ratschmanns Knopp, der die Kohlenverteilung der Stadt unter sich hat, zur Ausbreitung des Kohlenlandes keine Annahme.

Reithen, 28. Oktober. Wegen Raubworfes, begangen an dem Möbelfabrikanten Bernhard in Rattowitz, hatte sich gestern der 27 Jahre alte Heringshändler Franz Schuster aus Rattowitz zu verantworten. Er wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus, daneben Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. — Mittwoch wurde von den Geschworenen in Reuthen über den Schlosser Thomas Richter aus Dobrosche ein Todesurteil verkündet, der seine Frau und einen Sohn vergiftet hatte, sowie einen zweiten Sohn verurteilt zu töten.

Läuse Wanzen
Schwaben Flöhe Holzwanne
beseitigen Sie in **Edolda** 100000 sind aufbewahrt.
1/2 Stunde nur 10 Schilling. Neure den Erfolg.
Berlangen Sie nur **Edolda** werden Sie heilen.
Habr. Edolda - Werte, 10000. Zu haben in:
Sohrau: **Adler-Apotheke.**

Evang. Gemeinde Sohrau.
Sonntag den 30. Oktober, vorm. 1/2 10 Uhr:
Deutscher Gottesdienst.

Standesamts-Nachrichten von Sohrau.
Sterbefälle.

Am 22. Oktober Franz, Sohn des Rangierers
Aufsichters Franz Pöhl, 8 Jahre alt; am 25.
der Pfleger Franz Münger, 82 Jahre alt;
am 26. Angela, Tochter des Grabenarbeiters
Weg Blanka, 2 1/2 Monate alt.

Bekanntmachung.
Die Steuerpflichtigen werden aufgefordert,
ihre Steuern für die 3. Quartale (September-
November 1921) bis spätestens den 15. November
er. unter Vorlage des Steuerzettels, bezw. bei
nur Reichsteuerverpflichtigten der Zuzugriff des Finanzamts
Mühlitz, zu entrichten.

Eine schriftliche Mahnung ergeht nicht. Auf
die auf der letzten Seite des Steuerzettels ab-
gedruckte Gebührenordnung wird nochmals hin-
gewiesen.
Sohrau OS., den 28. Oktober 1921.
Der Magistrat. Lang.

Bekanntmachung.
Die Stadtgemeinde hat ca. 3000 Küchlein
Sollmilch und ca. 200 Dosen Wagemilch
aus den Händen abzugeben.
Angebot mit Preisabgabe erbitlen wir für
zum 3. November er. an vorzulegen.
Sohrau OS., den 27. Oktober 1921.
Der Magistrat. Lang.

Goldene Trauringe u. Ohrringe
in jedem Feingehalt sind stets zu haben bei
Engelmann, Sohrau (Rischewka).

Grosse Geld-Lotterie!!
zur Wiederherstellung der Marienburg
Ziehung 7., 8., 9. u. 10. November
1/2 Million Mark

Hauptgew.
100 000
75 000
50 000
25 000
10 000 usw.
bar ohne Abzug.

Lose zum Preise von 6 Mk.
Porto u. Liste 1.50 Mk. extra versendet

Reinh. A. Höhn
Hamburg, Kantstr. 34.

Für Flechten-Kranke!

Knoten-, Ring-, Eiter- und Bartflechte, auch
veraltete Leiden, heile ich unter Garantie mit
meinem vielbewährten **Flechtenheilmittel** in
8 bis 14 Tagen. — Zahlreiche Dankeschreiben.
Eine Flasche genügt. Preis 25 Mark.
F. Müller, Heilkundiger, Bremen
Grosse Krammenstr. 23. Spreckst.: 9-10 u. 3-4 Uhr.

Schützenhaus Sohrau.

Sonntag, den 30. Oktober 1921
von nachmittags 4 Uhr ab:

Familienkränzchen
Es ladet freundlichst ein **Joh. Slekiera.**

Zwangsvorversteigerung.

Montag, den 31. Oktober 1921,
vormittags 10 Uhr

werde ich in Sohrau OS. im Schindler-
schen Gasthose

1 fast neuen Arbeitswagen
mit einem Sitz

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung ver-
steigert.

Sohrau OS., den 28. Oktober 1921.

Müller, Gerichtsvollzieher.

Zu Allerheiligen

empfehle ich

Grabkränze in großer
Auswahl.

Gärtner Borsutzki
Johanna.

Auf meinem Acker beim jüdischen Fried-
hof habe ich zur Vertilgung von Raubzeug
Wiss gelegt.

Frau Marie Langer.

Adler-Räder

— n. 68 Zahnrädern liefert preiswert —
H. Engelmann, Sohrau, Rischewka.

Ein scharfer Wachhund

ist zu verkaufen.

Rittergut Riegersdorf,
Altmann, Inspektor.

Entlaufen: Ziege

grauweiß, langhaarig mit Hörnern. Wegen
Belohnung abzugeben bei

Frau Marie Langer, Bahnhofstr.

5 Zentner Langstroh

hat billig abzugeben

Engelmann, Rischewka.

Suchen Sie Grundstück?

mit oder ohne Geschäft, gleich wo, ver-
langen Sie kostenfrei den „Zentral-Markt“,
Fachblatt für Grundstücks- und Geschäfts-
verkäufe vom Verlag
Ernst Griese & Co., Braunschweig.



Zu Allerheiligen!

empfehle

Grabkränze und frische Blumen

in reicher Auswahl.

Gärtnerei J. Bartetzki

Dass wir Persil jetzt wieder kriegen
Macht uns den Waschtage zum Vergnügen



Jetzt ist das Waschen wieder eine Lust! Im Nu ist die Wäsche
fertig, blendendweiß, wie auf dem Rasen gebleicht. Dabei große
Ersparnis an Arbeit, Zeit, Seife und Kohlen.

PERSIL

Ist das beste selbsttätige **Waschmittel!** Überall erhältlich nur in
Original-Packung, niemals lose.

Alleinige Hersteller: **HEINEL & CO., DÜSSELDORF**

Palast-Theater Sohrau
Mazurek's Saal

Sonntag, den 30. Oktober 1921:
Doppel-Programm!

Die Katastrophe
des Pacific!

Kriminal-Liebes-Drama in 4 Akten.

Dänischer Kunstfilm:

Die Indianerbraut

Drama in 4 Akten.

Wegen hoher Unkosten Platzpreise:
3.—, 4.—, 5.— Mark.

Nur 2 Vorstellungen 1/2 5 und 1/2 8 Uhr.

Dezente Maskenbefestigung!

Heute frisch eingetroffen:
Englische fette Bücklinge

Prima große geräucherte Male
Mehr. Sorten Käse, ff. Kolluöpfe
Marinierte Heringe, feinste Krousbardinen
Sauerkraut, sowie in Büchsen: Pflaumen,
Rirschen, Spargel n. s. w.

M. Nowak, Delikatessenhaus
Sohrau OS., Ober-Vorstadt.

Zu Allerheiligen!

Grab-Kränze

empfehle in grosser Auswahl.

Kempny, Gärtnerei.

Meine Wirtschaft

in Euffe, 38 Morgen, davon 8 Morgen
Wiese, alles am Gehöft, mit Gebäulichkeiten
und lebendem und totem Inventar sofort
zu verkaufen.

Georg Jursitz, Sussetz.



Die neuesten

Modenhefte

sind erschienen.

P. Hunold

Buch- u. Papierhandlg.

Sohrau OS.